

BEZAHLBARE ENERGIE FÜR ALLE!

Ein Bericht von Sebastian Drescher

ENERGIEARMUT WIRD IN DEUTSCHLAND ENDLICH ALS PROBLEM ERKANNT – EINE GROSE CHANCE, DENN DIE LÖSUNGSVORSCHLÄGE SORGEN AUCH FÜR MEHR KLIMASCHUTZ.

André Bechtold erfährt in seinem Arbeitsalltag viel über die Gewohnheiten der Menschen, die er in ihren Wohnungen besucht. Schließlich stellt er ihnen jede Menge Fragen, beispielsweise wie lange der Fernseher läuft, wie oft sie kochen oder wie häufig geduscht wird. Hinter dem Interesse an solchen intim erscheinenden Befragungen steckt der nüchterne Wunsch, möglichst detaillierte Informationen zu sammeln, die Bechtold später in einem Bericht mit den Verbrauchsdaten der Elektrogeräte in den Haushalten zusammenführt. Seine Erkenntnisse sollen den Kundinnen und Kunden helfen, weniger Strom zu verbrauchen und dadurch – für viele noch wichtiger – das meist knappe Geld zu sparen.

An diesem Freitag Anfang März besucht Bechtold eine Mieterin in der Altstadt von Wetzlar. Der 59-Jährige erklimmt eine schmale Treppe zur Dachwohnung. «Ich muss erst mal Luft holen», begrüßt er lächelnd die junge Frau. Sie ist Anfang 20 und derzeit arbeitslos. In der Woche zuvor hatte Bechtold einen ersten Termin hier, nun möchte er seine Ergebnisse vorstellen. Aus einer Stofftasche fischt er einen Stapel Zettel. «Bei Ihnen kommt ja einiges zusammen», stellt er fest.

Bechtold ist «Stromsparhelfer» beim «Stromspar-Check», einem gemeinsamen Programm des Deutschen Caritasverbands und des Bundesverbands der Energie- und Klimaschutzagenturen. Das Beratungsangebot richtet sich gezielt an Bevölkerungsgruppen, die bislang kaum an der Energiewende teilhaben, aber besonders unter hohen Energiekosten leiden: Menschen, die Hartz IV (Arbeitslosengeld II), Sozialhilfe oder Wohngeld erhalten, sowie Geringverdiener, die knapp über der Leistungsgrenze liegen.

**«DIE LEUTE SPAREN VORSORGLICH: SIE KOCHEN WENIGER UND
BEHEIZEN VIELLEICHT NUR NOCH EIN ZIMMER.»**

MARLENE POTTHOFF, PROJEKTLEITERIN VOM «STROMSPAR-CHECK»
DES DEUTSCHEN CARITASVERBANDS IN FRANKFURT AM MAIN

Haushalte mit geringerem Einkommen geben einen höheren Anteil davon für Energie aus, erklärt Marlene Potthoff am Telefon. Sie ist Projektleiterin vom «Stromspar-Check» der Caritas und kennt die Energienöte dieser Haushalte. «Wenn die Energiepreise steigen, trifft sie das besonders hart. Die Leute sparen vorsorglich: Sie kochen weniger und beheizen vielleicht nur noch ein Zimmer. Das ist ein Phänomen, das wir immer häufiger beobachten. Auch weil die Inflation die Haushalte ohnehin finanziell stark belastet.»

Dass Menschen aus finanzieller Not heraus nicht ausreichend heizen, kochen oder warm duschen können, gehört in vielen europäischen Ländern zum bitteren Alltag. Bereits Anfang der 1990er-Jahre hatte sich in Großbritannien dafür der Begriff «fuel poverty» (Energiearmut) etabliert, weil dort – infolge der Ölkrisen – viele einkommensschwache Hausbesitzer und Mieter ihre Wohnungen im Winter nicht mehr warmhalten konnten. Die Regierung versuchte gegenzusteuern: mit Maßnahmen wie einer Winterhilfe für Rentnerinnen und Rentner sowie der Förderung von energetischen Sanierungen. Auch andere europäische Länder kämpfen gegen Energiearmut an und haben in den vergangenen Jahrzehnten vergleichbare Programme aufgelegt.

Doch in Deutschland setzt sich das Bewusstsein für Energiearmut erst langsam durch. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung taucht der Begriff immer noch ausschließlich mit Blick auf die Energieversorgung im Globalen Süden auf. Offizielle Statistiken zu Energiearmut in Deutschland: Fehlanzeige. Aktuelle Erhebungen zeigen jedoch, dass trotz der im internationalen Vergleich stärkeren sozialen Absicherung auch viele Deutsche davon betroffen sind – auch weil der Anteil der grundsätzlich von Armut gefährdeten Menschen größer geworden ist. Und spätestens seitdem die Pandemie und der Krieg in der Ukraine die Preise für Öl, Gas und Strom weiter nach oben treiben, hat die Diskussion über Entlastungen auch hierzulande die Politik und Öffentlichkeit erreicht.

Die Bundesregierung versucht nun, die durch gestiegene Energiepreise hervorgerufenen Belastungen teilweise auszugleichen, unter anderem mit Einmalzahlungen für Arbeitnehmer, Familien und Empfänger von Sozialleistungen. Energiearmut aber lässt sich nur mit einem langfristigen Plan lösen: mit besserer Energieeffizienz etwa, mit umfassenderer Aufklärung und auch mit zielgerichteten Hilfen. All das kostet viel Geld und braucht Zeit. Aber wir können dabei von unseren europäischen Nachbarländern lernen. Und zudem

tragen nachhaltige Lösungen zur Bekämpfung der Energiearmut auch dazu bei, die Energiewende sozialverträglich voranzutreiben und das Klima zu schützen.

André Bechtold weiß aus eigener Erfahrung, wie es ist, wenn das Geld schon zur Monatsmitte knapp wird: Wie die meisten der rund 600 Stromsparhelfer der Caritas war er zuvor arbeitslos. 14 Jahre lang lebte der gelernte Buchhalter von der Grundsicherung. Zum «Stromspar-Check» kam er über einen Ein-Euro-Job. Bechtold legte die Prüfung zum Stromsparprüfer ab und wurde angestellt, zunächst für zwei, dann für weitere drei Jahre.

Die Tätigkeit liegt ihm: Bechtold kann gut mit Leuten, er redet gerne, rechnet schnell. «Mir macht es Spaß, den Menschen zu helfen», sagt er. Die junge Mieterin in Wetzlar kann die Hilfe gut gebrauchen: In ihrer Dachwohnung ist es kalt. Die Wände sind schlecht gedämmt, die Kälte zieht durch das mit Pappe geflickte Badezimmerfenster. Geheizt habe die Mieterin seit Tagen nicht mehr, aus Angst vor den Kosten. Der Schock, den sie vor Kurzem beim Erhalt ihrer Stromrechnung erlebt hat, sitzt ihr noch immer tief in den Knochen: 3.200 Euro wurden darin für das Vorjahr abgerechnet, bei einem Verbrauch von rund 10.000 Kilowattstunden. Verzweifelt kontaktierte sie das Jobcenter, wo man sie wiederum an den «Stromspar-Check» verwies. Bechtold erklärt ihr nun: «Das Problem sind die beiden elektrischen Heizkörper. Die verbrauchen extrem viel Strom und werden dazu auch noch über den normalen Haushaltsstromtarif abgerechnet.»

Eigentlich hätte es gar nicht so weit kommen dürfen. Denn Empfänger von Hartz IV oder Sozialhilfe bekommen die Heizkosten normalerweise erstattet – allerdings nur, wenn diese in der Abrechnung getrennt aufgeführt werden. In der Wohnung der jungen Mieterin ist das nicht möglich, weil die beiden Wandheizkörper ordnungswidrig über denselben Anschluss wie der Haushaltsstrom laufen. Bechtold empfiehlt der jungen Frau deshalb, gegenüber ihrer Vermieterin notfalls mit anwaltlicher Hilfe darauf zu pochen, dass die Heizungen korrekt angeschlossen werden. Im zweiten Schritt solle sie dann einen günstigeren Tarif für Heizstrom auswählen. Und um zu verhindern, dass ihr in der Zwischenzeit der Strom abgestellt werde, müsse die Mieterin dringend das Jobcenter bitten, die Rechnung zu übernehmen. Bechtold hat ihr dafür ein vorformuliertes Schreiben mitgebracht. «Wenn Ihnen später noch Fragen einfallen, rufen Sie mich gerne an», sagt er zum Abschied.

**«ICH VERSUCHE IMMER SOFORT AUSZURECHNEN, WIE VIEL GELD MAN
DURCH BESTIMMTE ÄNDERUNGEN EINSPAREN KANN.»**

ANDRÉ BECHTOLD, STROMSPARHELPER VOM «STROMSPAR-CHECK»
AUS WETZLAR

Der Fall sei zwar extrem, aber leider absolut keine Ausnahme, erzählt Bechtold nach dem Termin. Bei anderen Haushalten gehe es allerdings meist eher darum, die «Stromfresser» zu identifizieren und Tipps für einen sparsamen Verbrauch zu geben. «Viele Leute stellen zum Beispiel ihren Kühlschrank zu kalt ein. Ich erkläre dann, dass sie pro Grad weniger Kühlung sechs Prozent Strom sparen. Und ich versuche immer sofort auszurechnen, wie viel Geld man durch solche Änderungen einsparen kann. Wenn man nur von Kilowattstunden spricht, sagt das den Leuten oft nicht viel.» Zu seinen Besuchen bringt Bechtold LED-Leuchtmittel, Standby-Stecker und einen Duschsparkopf mit, die er den Kundinnen und Kunden kostenlos einbaut. Bei alten Kühlgeräten bietet er auch den 100-Euro-Zuschuss des «Stromspar-Checks» für den Austausch veralteter Kühlgeräte an.

Seit 2009 haben die Stromsparhelfer der Caritas bundesweit rund 390.000 Haushalte beraten. Im Schnitt hätten die einzelnen Haushalte dadurch 420 Kilowattstunden (derzeit rund 130 Euro) im Jahr eingespart, rechnet -Marlene Potthoff vor. Ein Erfolg, auch für den Klimaschutz, findet sie. Aber eben nicht ausreichend, um die Belastung durch die Stromkosten komplett ab--zufedern. «Hartz IV sieht für den Stromverbrauch einen monatlichen Regelsatz von 38,07 Euro pro Person vor. Das sind nach unseren Erhebungen aber im Schnitt pro Monat sieben bis zehn Euro zu wenig.» Ein Grund sei die Berechnungsweise: Die aktuellen Sätze basieren auf Verbrauchsdaten von 2018. «Der starke Anstieg der Energiepreise bleibt dabei komplett außen vor», kritisiert Potthoff.

Die Caritas und andere Wohlfahrtsorganisationen fordern deshalb seit Jahren höhere Regelsätze. Jüngst erhielten sie dabei unerwartete Schützenhilfe: In einem Brandbrief an Arbeitsminister Hubertus Heil warnten die Jobcenter Nordrhein-Westfalens Mitte März vor einer «Energiearmut in bisher nicht gekanntem Ausmaß». Aufgrund der gestiegenen Strompreise könne es vielen Haushalten selbst durch Einsparungen in anderen Bereichen nicht gelingen, die Kosten mit dem Regelsatz zu decken. Sorgen bereiten den Jobcentern zudem die hohen Heizkosten. Bei Haushalten, die Hartz IV oder Sozialhilfe erhalten, übernehmen die Kommunen in der Regel die Ausgaben für Heizenergie – zumindest bis zu einer bestimmten Grenze. Doch auch die müsse aufgrund der weiterhin stark steigenden Preise dringend angepasst werden, heißt es in dem Schreiben.

Auch für Geringverdiener oder Rentner, die Wohngeld erhalten, werden die hohen Energiekosten zum Problem. Denn das Wohngeld sieht einen deutlich zu niedrig angesetzten Pauschalbetrag für Heizkosten vor. Die Bundesregierung hat deshalb im März einen Heizkostenzuschuss beschlossen: Empfänger von Wohngeld sowie Studierende und Auszubildende bekommen im Sommer einmalig 270 Euro ausgezahlt, Zweipersonenhaushalte aus dieser Personengruppe 350 Euro.

Kurzfristige finanzielle Engpässe ließen sich so überbrücken, meint Katja Hünecke vom Öko-Institut, im Darmstädter Büro als stellvertretende Leiterin im Bereich Energie und Klimaschutz tätig. Allerdings erreiche der Zuschuss längst nicht alle Bedürftigen. «Es gibt viele Haushalte, die eigentlich Anrecht auf Wohngeld haben, aber es nicht beantragen. Die gehen leer aus.» Nötig seien daher mehr Aufklärung über das Wohngeld und weitere grundsätzliche Entlastungen für Mieterinnen und Mieter, etwa durch die von der Bundesregierung geplante Beteiligung der Vermieter an der CO₂-Abgabe.

Langfristig, meint Hünecke, müsse aber vor allem der Energieverbrauch gesenkt werden. So zeigten Daten, dass Geringverdiener und Empfänger von Grundsicherung überwiegend in Häusern mit schlechter Energieeffizienz lebten. «Die effektivste Maßnahme gegen die Belastung durch hohe Heizkosten ist es, diese Gebäude besser zu dämmen und eine effizientere Wärmetechnologie einzubauen.» Eine Gruppe, die dabei in Deutschland oft übersehen werde, seien einkommensschwächere Eigentümer. «Andere Länder sind da längst weiter. Irland oder Österreich fördern zielgerichtet Sanierungen für Eigentümer mit geringem Einkommen», sagt Hünecke.

Auch von Frankreich könne die deutsche Politik lernen, findet sie. Dort gehöre es etwa zu den Aufgaben der Postboten, Infobroschüren über Förderprogramme an Menschen zu verteilen, deren Häuser in einem schlechten energetischen Zustand sind. Manche Kommunen beschäftigen zudem eigene Beauftragte, die bei Spaziergängen in der Nachbarschaft gezielt Hausbesitzer ansprechen. Eine ähnliche Öffentlichkeitsoffensive wünscht sich Hüneckes Berliner Kollegin Katja Schumacher auch in Deutschland – sowohl für Eigentümer wie auch für Mieter. «Wir müssen Mieterinnen und Mieter besser darüber aufklären, welche Rechte sie bei einer Sanierung haben. Und wir müssen sie darüber informieren, wie sie verhindern können, dass sie die Miete danach nicht mehr bezahlen können», sagt sie. Dass es in der Praxis nicht selten genau dazu kommt, liegt an der Umlage der Sanierungskosten auf die Kaltmiete. Auf welche Weise energetisch und zugleich sozialverträglich saniert werden kann, hat Katja Schumacher am Beispiel der Stadt Berlin untersucht. Damit dies gelänge, müssten die Eigentümer möglichst ambitioniert sanieren, dabei alle Fördermittel ausschöpfen und ausschließlich energiebedingte Mehrkosten auf die Mieter umlegen. «Die gesetzliche Vorgabe muss sicherstellen, dass die Warmmiete stabil bleibt», sagt Schumacher, die sich am Öko-Institut in Berlin mit Klimaschutz und Energie beschäftigt.

Im besten Fall zahlen Mieterinnen und Mieter nach einer energetischen Sanierung also nicht drauf, sie wer-den unterm Strich aber leider auch nicht finanziell entlastet. Beim absoluten Energieverbrauch sind die Einsparmöglichkeiten ebenfalls begrenzt. So zeigen Daten, dass Haushalte mit

geringem Einkommen ohnehin schon am wenigsten Energie verbrauchen. Hilft mehr Effizienz dann überhaupt weiter?

«WENN WIR KLIMANEUTRAL WERDEN WOLLEN, MÜSSEN WIR ALLE MITNEHMEN.»

DR. KATJA SCHUMACHER, STELLVERTRETENDE LEITERIN DES BEREICHS «ENERGIE & KLIMASCHUTZ» AM ÖKO-INSTITUT IN BERLIN

«Unbedingt!», meint Katja Schumacher. Bereits ein minimal geringerer Verbrauch mache sich bei einkommensschwachen Haushalten bemerkbar. «Für manche ist schon viel gewonnen, wenn sie ein paar Euro sparen und sich dadurch vielleicht einen Kinobesuch leisten können», sagt sie. Zudem würden fachgerechte Sanierungen das Raumklima verbessern und so mehr Lebensqualität schaffen. Davon abgesehen führe an den Sanierungen ohnehin kein Weg vorbei: «Wenn wir klimaneutral werden wollen, müssen wir alle mitnehmen.»

Von einer echten Teilhabe an der Energiewende sind Menschen mit geringem Einkommen in Deutschland aber noch weit entfernt – besonders dann, wenn es ums aktive Mitmachen geht. So sieht es zumindest Paula Maria Bögel, die sich als Psychologin mit nachhaltiger Transformation beschäftigt. Am «Karlsruher Institut für Technologie» (KIT) ist sie der Frage nachgegangen, wie sich Menschen für Erneuerbare Energie begeistern lassen, die damit bisher wenig Berührungspunkte hatten. «Wir können nicht erfolgreich sein, wenn manche nur das Gefühl haben, die Kosten tragen zu müssen», sagt sie.

Bögel hatte zuvor mehrere Klimaschutzprojekte in Stockholm umgesetzt, die sich meist auf wohlhabende Stadtteile konzentrierten. In Karlsruhe wollte sie es anders machen und entwickelte das Projekt «Dein BalkonNetz – Energie schafft Gemeinschaft». Das Projekt ist Teil des «Karlsruher Transformationszentrums für Nachhaltigkeit und Kulturwandel» (KAT), einer Forschungsgruppe mit dem Ziel, Nachhaltigkeitsthemen auf möglichst vielen Ebenen zu untersuchen und voranzubringen. Die Idee ihres neuen Projekts: Mini-Solaranlagen in Form von PV-Balkonmodulen kostenfrei an Haushalte ausgeben – und herausfinden, was passiert.

Bei der Öffentlichkeitskampagne für ihr Projekt stellte Paula Maria Bögel weniger den Klimaschutz, sondern in erster Linie die Kostenersparnisse in den Vordergrund: «Das erreichte Menschen mit dem grundsätzlichen Interesse, weniger Geld für Strom auszugeben», erklärt sie. Auf die Ausschreibung

bewarben sich rund hundert Haushalte, 22 davon wurden ausgewählt. «Uns war wichtig, möglichst unterschiedliche Leute dabeizuhaben, also Hausbesitzer, Mieter, gezielt auch Frauen und Haushalte mit niedrigerem Einkommen. Also auch Menschen, die bis dahin eher wenig mit Erneuerbaren Energien zu tun hatten.»

Vergangenen August erhielten alle Teilnehmer ein 300-Watt-Modul, das über eine Steckdose mit dem Haushaltsstromnetz verbunden werden kann. Inzwischen sind alle Anlagen in Betrieb. Eine Herausforderung sei häufig die Anmeldung bei den Stadtwerken gewesen, berichtet Bögel. Dabei hätten sich die teilnehmenden Personen auch gegenseitig unterstützt. Diesen Sommer soll das Projekt abgeschlossen und ausgewertet werden. Bögels Eindruck bislang: «Die Module kommen gut an – auch weil die Teilnehmer per App verfolgen können, wie viel Geld sie konkret mit ihrem eigenen Solarstrom einsparen.»

Wirklich große Summen werden dabei nicht zusammenkommen. Bei optimaler Ausrichtung können die Haushalte mit ihrem Modul maximal 300 Kilowattstunden Strom im Jahr erzeugen und so rund hundert Euro sparen. Damit solche Lösungen für Mieterinnen und Mieter wirtschaftlich interessant werden, sind weitere gezielte Förderungen für Kleinanlagen notwendig. Dennoch könnten Balkonkraftwerke – ähnlich wie eine unbürokratische Beteiligung an Mieterstromprojekten, bei denen Mieter gemeinsam eine Solaranlage installieren – einer von vielen kleinen Bausteinen im Kampf gegen die Energiearmut sein.

Dass es dabei nicht ohne gleichzeitige Milliardeninvestitionen und mehr politischen Druck auf Eigentümer und Wohnungsbaugesellschaften gehen kann, dafür steht sinnbildlich die zugige und unsanierte Dachgeschosswohnung in der Wetzlarer Altstadt. Denn wenn sich an der dortigen Situation nichts Grundlegendes ändert, wird die junge Mieterin weiterhin viel Geld und Energie wortwörtlich in die Luft blasen müssen – auch zu Lasten des Klimas.

Fehlende Studien zu Energiearmut

Eine einheitliche Definition von Energiearmut gibt es nicht. Gleiches gilt für allgemein anerkannte Indikatoren, mit denen sich ihr Ausmaß erfassen ließe. Einige Studien nehmen ausschließlich die Heizenergie in den Blick. So gaben im Jahr 2020 in einer Umfrage von «Eurostat», dem statistischen Amt der EU, neun Prozent der in Deutschland Befragten an, ihre Wohnung im Winter nicht ausreichend warm halten zu können – ein höherer Anteil als in allen direkten Nachbarländern, aber deutlich weniger als etwa in Portugal oder Litauen. Als ein Indikator für «Elektrizitätsarmut» gilt wiederum die Zahl der jährlich gemeldeten Stromsperrungen – also die Anzahl der Haushalte, bei denen der Strom aufgrund offener Nachzahlungen abgestellt wurde. Sie lag im Jahr 2019 in Deutschland bei rund 289.000, bildet aber nur die Spitze des Eisbergs ab.

Andere Ansätze greifen auf Modelle der Armutforschung zurück und legen Grenzwerte für Energiearmut fest. So galt ein Haushalt in Großbritannien lange Zeit als «energiearm», wenn mehr als zehn Prozent des Einkommens für Heizenergie ausgegeben werden muss. Übertragen auf Deutschland litten demnach im Jahr 2008 rund 13,8 Prozent der Haushalte unter Energiearmut (bezogen auf alle Energieträger). Allerdings kritisieren Sozialforscher diesen Ansatz aufgrund der starren Grenze, die nicht berücksichtige, dass Armut immer relativ zu den jeweiligen Lebensstandards in einer Gesellschaft zu betrachten sei.

Eine Forschungsgruppe der Universität Siegen hat deshalb 2016 einen eigenen Indikator für Energiearmut entwickelt: Haushalte gelten demnach als energiearm, wenn das (OECD-gewichtete) Nettoeinkommen nach Abzug der (OECD-gewichteten) Energiekosten unter der 60-Prozent-Armutgefährdungsschwelle liegt. Basierend auf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahr 2008 kam die Forschungsgruppe zum Ergebnis, dass in Deutschland 21,5 Prozent aller Haushalte (insgesamt 8,5 Millionen) energiearm seien. Besonders galt das der Erhebung zufolge für Haushalte, die ohnehin armutsgefährdet sind: von Arbeitslosigkeit betroffene Familien sowie Alleinerziehende. Tendenziell eher gefährdet sind Singlehaushalte und Haushalte mit mehr als vier Personen.

Der Umwelt zuliebe wurde auf die Wiedergabe von Fotos in der Druckversion verzichtet. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Herausgebers.